



08.04.2020

## Das Coronavirus und seine Konsequenzen für nationale, europäische und globale Nachhaltigkeits- und Klimapolitik sowie internationale Zusammenarbeit

### Bericht über das virtuelle Meeting von SDSN Germany am 3. April 2020

Angesichts der derzeitigen Covid-19-Pandemie initiierte das Team der Geschäftsstelle von SDSN Germany ein virtuelles Meeting im Kreis der Mitglieder- und Partnerorganisationen des Netzwerks sowie des Erweiterten Lenkungs Ausschusses, um über die aktuelle Situation und die Auswirkungen auf Klima- und Nachhaltigkeitspolitik und mögliche gemeinsame Aktivitäten zu beraten. An dem Meeting am 3. April beteiligten sich über 35 Teilnehmende aus Politik/Bundes- und Landesministerien, dem kommunalen Bereich, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit ihren Einschätzungen und Erwartungen zur derzeitigen Krise.

*Adolf Kloke-Lesch* (Geschäftsführender Direktor von SDSN Germany) betonte eingangs, dass die Beratung vor dem Hintergrund und im gemeinsamen Bewusstsein einer dramatischen gesundheitlich-humanitären Krise, vielerorts Katastrophe, und ihrer erheblichen unmittelbaren Folgen stehe sowie in tiefem Respekt und voller Anerkennung für all' diejenigen erfolge, die in diesen Wochen direkt in der Eindämmung dieser Krise im Einsatz seien. Aufgrund der Krise sei mit möglicherweise erheblichen Veränderungen der Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung und deren Gestaltung zu rechnen. Zugleich sei aber auch zu fragen, was das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und die 2030 Agenda zur Bewältigung der Krise beitragen können. Ganz unmittelbar zeige sich eine Unterbrechung bzw. zeitliche Verschiebung einer Fülle wichtiger Nachhaltigkeits- und Klimaprozesse, im Großen wie im Kleinen, national wie europäisch und international. Es werde viel Zeit und Kraft brauchen, diese Fäden wiederaufzunehmen. Gleichzeitig begegneten wir aber auch einer enormen Welle von Meinungsäußerungen und neuen Prozessen, die sich mit dem Verhältnis zwischen der COVID-19 Pandemie und ihren Folgen einerseits und nachhaltiger Entwicklung andererseits befassen. Dieses Treffen solle in Zeiten der Isolation einen Raum bieten, zumindest gemeinsam einander zuhören und vielleicht auch ein wenig aufeinander antworten zu können.

*Der folgende Bericht folgt den Leitfragen der Diskussion. Er kann und soll angesichts von etwa 30 Wortbeiträgen weder umfassend sein noch den Eindruck eines sich abzeichnenden gemeinsamen Bildes erwecken, sondern eher als Grundlage für weitere Diskussionen dienen.*

**Blitzlichter: Wie verändert die Corona-Krise den Blick auf nachhaltige Entwicklung? Welchen Einfluss entfaltet die Corona-Krise auf Rahmenbedingungen der Gestaltung nachhaltiger Entwicklung? Welche neuen Fragen stellen sich, welche Fragen stellen sich neu oder anders?**

Der künftige Blick auf nachhaltige Entwicklung sei noch offen. Es gebe die enorme Gefahr eines Rückfalls in der Nachhaltigkeits- und Klimapolitik, die Tendenz, „den Ballast Nachhaltigkeit jetzt abzuwerfen“. Andererseits werfe die Krise aber auch ein deutlicheres Licht auf die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung. Die Verwundbarkeit von Menschen und Gesellschaften, die Verletzlichkeit der Zivilisation trete wieder stärker ins Bewusstsein. Nachhaltige Entwicklung müsse im Lichte der Krise auch anders erzählt werden und stärker mit Begriffen wie Resilienz und Daseinsvorsorge verbunden werden.

Die Corona-Krise als „Spitzensituation“ zeige wie im Brennglas systemische Schwachpunkte unserer Gesellschaften auf und fordere wie andere globale Krisen unser Verständnis von und unseren Umgang



08.04.2020

mit globalen öffentlichen Gütern heraus. Diese ‚schwachen‘ Stellen offenbaren Strukturen und Konflikte, die auch in „Alltagssituationen“ vorhanden, aber weniger sichtbar sind. Auch werden aufgezeigt, wie unterschiedliche Krisen sich gegenseitig verstärken. Beunruhigend sei allerdings die vorschnelle Gleichsetzung von Covid-19 und Klimakrise. Hier sei Sachlichkeit statt Schnellschuss gefordert. Mit Blick auf die Entwicklungs- und Schwellenländer dürften die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Pandemie enorm werden, insbesondere, wenn sie stark in internationale Lieferketten eingebunden sind. Gleichzeitig verdeutliche die Krise weltweit bestehende Ungleichheiten bei Zugängen (z.B. zu Gesundheitsversorgung, sozialer Sicherheit oder Digitalisierung) und verstärke diese noch.

Insgesamt rücke die Krise die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Zielen nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie die Notwendigkeit systemischer Ansätze deutlicher ins Bewusstsein. Es sei deshalb wenig zielführend, in der Krise wieder in alte ‚Lagerkämpfe‘ zurückzukehren wie zwischen den ‚drei Dimensionen‘ nachhaltiger Entwicklung oder dem Verhältnis von Demokratie/Freiheit und Nachhaltigkeit. Vielmehr müssten gemeinsame Begriffe und Narrative gefunden werden, die zum einen die Menschen zusammenbringen und zum anderen die integrale Ganzheitlichkeit von nachhaltiger Entwicklung adressieren. Es gehe jetzt eben nicht um eine einseitige Priorisierung der Wirtschaft, sondern um eine Konzentration auf sie im Sinne eines Ausdifferenzierens ‚der‘ Wirtschaft – auch im Hinblick auf Wertschöpfung und Systemrelevanz. Ein solcher Ansatz könne wichtige Hilfestellungen leisten, um in der aktuellen Situation eine grundsätzliche ökonomische Debatte zu Nachhaltigkeit zu führen: Wie kann nachhaltige Entwicklung als langfristig angelegte Strategie für das Wiederaufleben und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft genutzt werden? In diesem Zusammenhang sei auch das Verhältnis zwischen Effizienz und Resilienz zu hinterfragen und neu auszuhandeln. Außerdem müsse Konzepten wie ‚disaster risk reduction‘, Katastrophenvorsorge und -schutz oder dem Verhältnis von ‚urgency‘ und Resilienz im Diskurs um nachhaltige Entwicklung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Pandemie veranschauliche hingegen die relevanten Zusammenhänge zwischen diesen Diskurssträngen und ihre Bedeutung für nachhaltige Entwicklung insgesamt.

Das Thema Digitalisierung als einem zentralen Element des jüngeren Nachhaltigkeitsdiskurses gewinne vor dem Hintergrund der Pandemie zusätzlich an Bedeutung. Digitale Formate würden wichtiger, öffneten neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und würden teilweise enthusiastisch aufgenommen. Gleichzeitig würden aber auch die Grenzen dieser virtuellen Optionen sowie die Ungleichheiten im Zugang zu ihnen offenbar, was insbesondere für den Kontext internationaler Zusammenarbeit relevant sei.

Die Entwicklung in verschiedenen Ländern zeige auch auf, dass die Krise bereits genutzt werde, um zum Beispiel Maßnahmen gegen den Klimawandel aufzuweichen und sich von bereits verhandelten Verpflichtungen zurückzuziehen. Umso wichtiger sei es daher nun, zu unterstreichen, dass Nachhaltigkeitspolitik fortgeführt und die richtigen Weichen gestellt werden müssen, damit es nicht zu einem jahrelangen Stillstand komme – auch wenn derzeit viel politisches Kapital für das akute Bewältigen der Krise gebündelt und eine Verschlechterung der Ausgangsbasis für das Erreichen der SDGs zu erwarten sei. Es sei zudem zu befürchten, dass Transformationen zwar grundsätzlich weitergeführt, diese Prozesse aber aufgrund von begrenzter ‚Problembearbeitungskapazität‘ in Politik und Unternehmen nun eher verlangsamt realisiert würden. Nachhaltigkeitspolitik müsse sich in der



08.04.2020

Krise als mehr als ‚Schönwetterpolitik‘ behaupten und sei nicht nur weiterhin, sondern gerade jetzt wichtig. Auch auf europäischer Ebene müsse vermieden werden, dass das Krisenmanagement die Umsetzung des *European Green Deals* schwäche. Dieser ‚Anpassungsstrategie‘ müsse in jedem Fall klar entgegengewirkt werden. Global, europäisch und national betrachtet bestehe die Gefahr der Erschöpfung des gesellschaftlichen, finanziellen und emotionalen Kapitals. Dies könnte dazu führen, dass für andere Aufgaben wie Nachhaltigkeitswenden unter Umständen nicht mehr ausreichend Ressourcen zur Verfügung stünden. Andererseits könne die Krise aber auch Kräfte freisetzen und den Ausstieg aus bestehenden Handlungsmustern (*path dependency*) erlauben.

In der internationalen und europäischen Zusammenarbeit sei in der Reaktion auf die Krise zwar Vieles politisch unzureichend gelaufen, gleichzeitig sei es aber auch ermutigend, was dennoch realisiert werde. Zum einen sei insgesamt in hoher Geschwindigkeit und in Kooperation zwischen internationalen Organisationen (WHO), Wissenschaft und nationalen Politiken auf das Virus weltweit in recht ähnlicher Form reagiert worden. Zum anderen sei finanzpolitisch ähnlich schnell und vergleichbar von nationalen Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen in bislang nicht gesehenen Größenordnungen auf die Krise geantwortet worden. Es mangle aber an ‚grenzüberschreitender‘ Abstimmung und Solidarität, z.B. innerhalb Europas und mit Blick auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Hier sei auch mehr deutsches *Leadership* gefordert.

Weltweit hinterlasse die Krise aber auch ihre politischen und gesellschaftspolitischen Spuren. Einerseits komme die, wenn auch teilweise verzögerte, Handlungsfähigkeit der Politik in den Gesellschaften gut an. Andererseits sei mit Sorge zu beobachten, wie die Krise in manchen Ländern (vgl. Parlamentsausschaltung in Ungarn, Einschränkungen von Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern oder der Umgang mit Wahlterminen) zu längerfristig angelegten Einschränkungen demokratischer Freiheiten und Rechte genutzt werde. Genauso sei zu fragen, ob auch in den demokratischen Gesellschaften strukturell die Möglichkeiten staatlicher Freiheitseinschränkungen ausgebaut würden. Rechtspopulistische bzw. -extreme Bewegungen hätten in Deutschland bislang in der Krise nicht profitieren können, versuchten aber in Italien in der Opposition antieuropäisches Kapital aus der Krise zu schlagen. Weltweit stärke die Krise zunächst die jeweils die Exekutive tragenden Kräfte, mittelfristig könnte die Krise jedoch weltweit recht unterschiedliche politische Folgen haben.

***Wissenschaft & Politik: Wie können das Leitbild nachhaltiger Entwicklung und die 2030 Agenda einen Beitrag zur Gestaltung des Umgangs mit der Corona-Krise und ihrer Folgen leisten? Wie werden sich Nachhaltigkeits- und Klimapolitik im Licht der Krise verändern (müssen)?***

Die aktuelle Krisenbewältigung könne *Learnings*/kollektive Lernerfahrungen für den Umgang mit Nachhaltigkeitsherausforderungen wie dem Klimawandel und deren Bewältigung ermöglichen. Auch für die Arbeit am *Science-Policy-Interface* könne die Krise wichtige Ansatzpunkte liefern, wie es auch der Nachhaltigkeits- und Klimawissenschaft in Anlehnung an die Virologie und Epidemiologie gelingen könne, wissenschaftliche Evidenz in aktuelle politische Beratung einfließen zu lassen. Aktuell präge allerdings vor allem naturwissenschaftliche Expertise die politische Entscheidungsfindung. Diese müsse durch sozialwissenschaftliche Beratung ergänzt werden, die sich auch mit der Frage gesellschaftlicher Voraussetzungen und Wirkungen von Maßnahmen beschäftige. Die Krise zeige, dass auf Solidarität gegründete, schnelle politische Reaktionen möglich seien. Die Pandemie könne globale



08.04.2020

Solidarität, das *Leave no one behind*-Prinzip der 2030 Agenda sowie Nachhaltigkeitsnarrative auch positiv beeinflussen. Gleichzeitig wird betont, dass eine politische Lösung wie sie derzeit für die Pandemie praktiziert werde, für die Nachhaltigkeits- und Klimathematik nicht erstrebenswert sei. Wenn der breite gesellschaftliche Diskurs fehle, führe dies dazu, dass keine langfristige Akzeptanz für Transformationen erreicht werde. Die Pandemie verdeutliche damit auch die Notwendigkeit, Ziele wie SDG 3 (Gesundheit) und SDG 16 (friedliche und inklusive Gesellschaften, Grundfreiheiten und demokratische Grundsätze) im Zusammenhang zu sehen und zu verfolgen.

Aus Nachhaltigkeitsperspektive rufe die Krise auch danach, das Verhältnis von privater und öffentlicher Verantwortung neu auszutarieren. Vorsorge erfordere systemischen Aufbau von Resilienz und Ressourcen einschl. Vermögensaufbau. Hier gehe es um die Gesundheitssysteme, aber auch um kritische, physische wie nicht-physische Infrastrukturen oder die sozialen Sicherungssysteme.

Die Pandemie treffe aktuell auf Nachhaltigkeits-/SDG-Prozesse, die bereits unabhängig von der Krise um politische Aufmerksamkeit ringen und ihre bestehenden Schwachstellen adressieren müssten. Für das jetzt notwendige systemische Denken biete der *Global Sustainable Development Report* (GSDR) zentrale Ansatzpunkte, da er durch seine Organisation in Wenden und Hebeln Transformation gesamtgesellschaftlich rahme. Diese ‚Organisation‘ könne daher wichtige, neue Elemente auch für die anstehende Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie liefern, die für die Post-Pandemie-Phase relevante Impulse geben sollte. In Politik, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft stelle sich aber angesichts begrenzter politischer, personeller und zeitlicher Ressourcen auch die Frage des richtigen Verhältnisses zwischen der Weiterführung und Weiterentwicklung der längerfristigen Nachhaltigkeitsprozesse einerseits sowie der direkten Einmischung in die aktuelle Gestaltung des Umgangs mit der Krise und ihren Folgen andererseits. Es sei jetzt unverzichtbar, die anstehenden Krisenbewältigungsprogramme an Nachhaltigkeits- und Klimazielen auszurichten. Gleichzeitig könnten und sollten die zwangsläufigen Verzögerungen in den längerfristigen Nachhaltigkeitsprozessen als Chance und Zeit für strukturelle Überlegungen zu deren Weiterentwicklung genutzt werden.

Für eine nachhaltigkeitsorientierte Ausgestaltung der Krisenbewältigungsprogramme würden seitens der Politik sehr schnell sehr konkrete Hinweise aus der Wissenschaft erwartet. In diesem Zusammenhang müsse der Diskurs zu *Sustainable Finance* jetzt auf Stimulus und *Recovery*-Programme Anwendung finden. Hier sei auch der *Sustainable Finance*-Beirat der Bundesregierung aufgefordert, konkrete Empfehlungen zu entwickeln. Die bevorstehenden Konjunkturprogramme dürften nicht zu einer Verfestigung („*lock-in*“) alter, nicht-nachhaltiger Produktions- und Konsummuster führen, von den üblicherweise starken Partikularinteressen geprägt werden oder kleinere, innovative Akteure vernachlässigen. So wurde angemahnt, die sehr unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Kommunen zu berücksichtigen und auch die personellen Voraussetzungen für die Umsetzung von Programmen zu schaffen. Mit Sorge wurde gefragt, wie der Kohleausstieg nun umgesetzt werde. Es wäre fatal, wenn die Mittel für den Strukturwandel jetzt nicht wie geplant zur Verfügung stehen könnten. Vielmehr müsse die Transformationsaufgabe Kohleausstieg in den Regionen und Kommunen nun unter den durch die Pandemie veränderten Rahmenbedingungen zusätzlich gestützt und forciert werden. Die Ausgestaltung der Konjunkturprogramme müsse ferner auch die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer berücksichtigen und positiv gestalten. Auf europäischer Ebene sollte sich Deutschland für die Stärkung und Weiterentwicklung des *Green Deal* einsetzen.





08.04.2020

Die Pandemie sei als globale Herausforderung zu rahmen, die nur durch globale Zusammenarbeit und mit globaler Solidarität zu lösen sei. Aktuell sei die internationale Staatengemeinschaft aber schlecht aufgestellt im Hinblick auf *global governance* und *common goods*. Die Rolle der Vereinten Nationen sollte deshalb jetzt gestärkt werden. In diesem Zusammenhang könne die Chance genutzt werden, die Krise des Multilateralismus zu überwinden und den Mehrwert internationaler Kooperation zu verdeutlichen. Auch globale Formate wie G20 und andere müssten die Krise stärker in den Blick nehmen. Dabei sei gerade auch mit Italien zu kooperieren, das in 2021 insbesondere mit seiner G20-Präsidentschaft eine besondere Verantwortung haben werde. In der T20 entstünden jetzt *Policy briefs* zu dem Themenkomplex. Hingewiesen wurde auch auf verschiedene Initiativen des globalen SDSN im Kontext der Covid-19-Pandemie: [Videomitschnitt](#) und [Zusammenfassung](#) der Konferenz „The Epidemiology and Economics of Coronavirus“; öffentliche Befragung zu „[SDG progress and challenges](#)“ sowie *Add-on Survey* zu „[Impacts of Covid-19 on the SDGs](#)“).

Abschließend dankte *Adolf Kloke-Lesch* allen Teilnehmenden für die sehr reichhaltigen Beiträge. Für die **weiteren Beratungen und Aktivitäten im Rahmen von SDSN Germany** böten sich aus seiner Sicht **drei Bereiche** an:

**Erstens** gehe es um eine neue (Selbst-)Reflexion auf das Leitbild nachhaltige Entwicklung im Kontext der Krise (veränderte Tonlage / Resilienz / Erschöpfung / Demokratie, Freiheits- und Bürger\*innenrechte in der Krise).

**Zweitens** stelle sich die Frage des konkreten Umgangs mit den Nachhaltigkeits- und Klimaprozessen (wie Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, European Green Deal, High-level Political Forum, Klima- und Biodiversitäts-COPs). Wo müsse jetzt wie „investiert“ werden? Wie sei das Weiterführen der Nachhaltigkeits- und Klimaprozesse mit dem unmittelbaren Fokus auf das Einbringen von Nachhaltigkeit in die Krisenbewältigung zu verbinden? Was könne an sehr konkreten Schritten und Maßnahmen empfohlen werden?

**Drittens** werde die europäische, internationale und globale Dimension der Antwort auf die Corona-Krise auch in Deutschland bislang noch stark vernachlässigt. Diesem Thema müsse stärkere Beachtung gewidmet werden.

Der Lenkungsausschuss von SDSN Germany werde sich Ende April mit dem Themenkomplex befassen.

*Jacqueline Götze & Janina Sturm, Bonn 08.04.2020*